



Krabbelgruppe im Gemeindeamt

Seit 7. September haben die Gemeinden Aichkirchen, Bachmanning und Neukirchen bei Lambach eine weitere Krabbelgruppe. Seit vielen Jahren kooperieren die drei Wels-Land-Gemeinden bei der Kinderbetreuung und durch die stetig steigende Bevölkerung sind nun zusätzliche Plätze notwendig geworden. Die neue Gruppe für die neun Kinder ist im Gemeindeamt Neukirchen bei Lambach situiert. Im Bild (v. l.) die beiden Leiterinnen Poldi Schoiswohl und Regina Feichtinger sowie Bürgermeister Andreas Obermayr.

Foto: Gemeinde

Schwarz-Grün in Bregenz ist Geschichte

Neuer SPÖ-Bürgermeister will keine Koalition

2005 wurde Bregenz zur ersten österreichischen Landeshauptstadt mit einer schwarz-grünen Koalition. Mit der Abwahl von Bürgermeister Markus Linhart (Bild oben, ÖVP)



ist diese nun Geschichte, der neue Stadtchef Michael Ritsch (Bild unten, SPÖ) wird auf das freie Spiel der Kräfte setzen und – aufgrund der Mehrheitsverhältnisse – eine breite Zusammenarbeit suchen müssen. Im Mittelpunkt werden seine Vorhaben zur Stadtentwicklung stehen.

Vorarbergs Landeshauptmann und ÖVP-Landespartei-chef Markus Wallner bezeichnete den Wechsel des Bürgermeisteramts in Bregenz von der ÖVP zur SPÖ als „schmerz-



haft, da muss man nichts beschönigen“. Der Ansporn müsse sein, „das in fünf Jahren wieder zu ändern“, und die Arbeit dafür müsse heute beginnen. Einen durchgängigen Trend gegen die

ÖVP konnte Wallner bei der nun geschlagenen Vorarlberger Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterwahl dennoch nicht erkennen. „Mein Eindruck ist, dass es keinen bestimmenden Trend gab. Es ging um lokale Themen und lokale Kandidaten“, stellte der Landeshauptmann fest. Die Wahlen auf Lokalebene seien offenbar völlig entkoppelt gewesen von Wahlgängen auf Landes- oder Bundesebene. „Es sind ganz stark Persönlichkeitswahlen“, so Wallner.

Fotos: APA/Lisa Mathis, Gut

Unis ringen um

Rektoren fordern Plus von 2,1 Mrd. für nächste

Am 1. Oktober startet zwar erst das Studienjahr 2020/21. Im Fokus von **Universitätenkonferenz (uniko)** und Bildungs- bzw. Finanzministerium steht in diesen Tagen aber bereits auch der Zeitraum von 2022 bis 2024. Bis Ende Oktober muss nämlich das Uni-Budget für diesen dreijährigen Zeitraum feststehen. In der laufenden Leistungsvereinbarungsperiode (2019 bis 2021) sind es rund elf Mrd. Euro – die uniko pocht auf ein Plus von 2,1 Mrd. Euro, das wären rund 19 Prozent.

Ausbau gefordert

Diese Forderung stand schon vor der Corona-Pandemie im Raum. Sie ergibt sich aus Teuerung- und Struktureffekten in Höhe von 700 Mio. Euro, 550 Mio. Euro für Bauten, Mieten und Infrastruktur-Investitionen, 500 Mio. für die Fortsetzung der Studienplatzfinanzierung bzw. Verbesserung der Betreuungsrelationen sowie 350 Mio. Euro für den Ausbau der Stärkefelder bzw. Digitalisierung.

Wirklich widersprochen habe dieser „astronomischen Summe“ niemand, merkte **uniko-Präsi-**

dentin Sabine Seidler an. Andererseits: Wirklich zugesagt wurde sie auch nie.

Zum Vergleich: 2010 bis 2012 betrug das Budget noch 8,2 Mrd. Euro. Anschließend gab es ein Plus auf 9,1 Mrd. (elf Prozent) für 2013 bis 2015 sowie einen Zuwachs auf 9,7 Mrd. Euro (sieben Prozent) für 2016 bis 2018. Besonders hoch fiel das Plus mit 13 Prozent auf elf Mrd. für 2019 bis 2021 aus – damals wurde die Ursprungsforderung der uniko nach einem Anstieg um 1,5 Mrd. Euro mit einem Zuwachs von 1,35 Mrd. fast erfüllt.

Gegen eine vollständige Realisierung des **Rektorenwunsches** nach einem „Wachstumsbudget“ spricht neben der durch die Corona-Pandemie angespannten Lage des Bundeshaushalts auch die Entwicklung der Studentenzahlen: Seit 2017 sinken diese nämlich – zwar nicht dramatisch und an allen Unis einheitlich, aber kontinuierlich. 2016 waren im Wintersemester noch knapp 281.000 ordentliche Studenten inskribiert, 2019 waren es nur mehr 265.000. Auch die Zahl der Studienanfänger (Wintersemester 2016: 48.000, Wintersemester 2019: 45.000) bzw.

Unterstützungspersonal

Administrative Hilfe in den Pflichtschulen

Im Juli hat die Regierung den Pflichtschulen das lange eingeforderte administrative Unterstützungspersonal versprochen, bis zu 1000 Langzeitarbeitslose und Wiedereinsteiger sollen in einem bis 2022 laufenden Projekt Direktoren und Pädagogen bei der Verwaltung entlasten. Heute, Montag, haben laut Bildungsministerium die ersten neuen Sekretariatskräfte in Wien ihre Arbeit begonnen, Kärnten und Niederösterreich sollen dieser Tage folgen. Alle Bundesländer haben einer

Sprecherin von Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) zufolge ihr Interesse an den administrativen Unterstützungskräften bekundet. In Wien haben bisher insgesamt 200 Schulen Bedarf angemeldet, in Niederösterreich 75. In Kärnten sollen wiederum mit 1. Oktober 38 neue Sekretariatskräfte bereits ihren Job antreten, die Zahl soll noch weiter aufgestockt werden.

Bei dem Programm müssen ein Drittel der Kosten die Dienstgeber (Länder oder Gemeinden) übernehmen.

Finanzen ab 2022

Periode – Zuletzt sinkende Studentenzahlen

der von diesen begonnenen Studien ging zuletzt zurück (Wintersemester 2016: 69.000, Wintersemester 2019: 64.000).

Hier machten sich einerseits sinkende Maturantenzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung, neue Zugangsbeschränkungen sowie die Konkurrenz durch andere Hochschultypen wie Fachhochschulen oder Privatunis bemerkbar. Wie sich die Studentenzahlen nun im ersten Wintersemester nach der Corona-Pandemie entwickeln, ist noch unklar: Einerseits sorgen Krisenzeiten meist dafür, dass etwa Maturanten statt am Arbeitsmarkt verstärkt an den Hochschulen landen bzw. Bachelor-Absolventen statt in den Job eher ins Master-Studium wechseln – umgekehrt könnten aber auch viele ausländische Studierende heuer fernbleiben.

Die **uniko** argumentiert grundsätzlich, dass weniger Mittel für die Verbesserung der Betreuungsrelationen – ein explizites Ziel für die laufende Periode – trotzdem widersinnig wären: „Es wäre ein Schildbürgerstreich, wenn wir bis Ende 2021 neue Leute einstellen und ab Anfang 2022 dann anfangen, wieder Per-

sonal abzubauen“, so Seidler zuletzt. Treffen würde dies nicht die gerade eingestellten Professoren, sondern den wissenschaftlichen Nachwuchs mit befristeten Verträgen.

Blick über die Grenze

Abseits vom Auf und Ab in Österreich empfiehlt sich auch ein Blick über die Grenzen nach Deutschland und in die Schweiz. Dort studieren laut einer Vergleichsstudie des Forschungsrats bezogen auf die Einwohnerzahl deutlich weniger Personen an einer Uni (Österreich: 33,1 pro 1000 Einwohner, Deutschland 21,5 und Schweiz 17,8) und umgekehrt mehr an Fachhochschulen. Dafür ist der öffentliche Aufwand pro Uni-Student in diesen beiden Ländern auch deutlich höher als in Österreich. Dieser beträgt in der Schweiz umgerechnet rund 47.300 Euro, in Deutschland 16.500 und in Österreich 11.900 Euro.

Das zeigt sich auch am Gesamtbudget: Im Jahr 2018 betrug etwa das Uni-Budget in Österreich 3,83 Mrd. Euro, in der Schweiz und in Bayern jeweils 7,4 Mrd. Euro.

Auch für ÖH Hybridbetrieb

Semesterstart an der JKU zum Teil wieder vor Ort

Nach dem Schulstart wird in diesen Tagen auch die Johannes Kepler Universität (JKU) ihre Tore wieder öffnen. „Nachdem das letzte Semester rein digital abgewickelt wurde, freuen wir uns, dass der Lehrbetrieb jetzt teilweise wieder präsent aufgenommen wird“, berichtet Mario Hofer, Vorsitzender der Hochschülerschaft an der JKU (ÖH JKU). Mehr als 3000 Erstsemesterige werden heuer ihr Studium an der Kepler Uni aufnehmen. „Corona macht den Semesterstart zu einer großen Herausforderung. Wir haben aber vorgesorgt und werden die JKU dabei

unterstützen, unter Hygienemaßnahmen einen Corona-konformen Semesterstart abzuwickeln“, so Hofer. Im Fokus stehen aber auch die Anliegen der übrigen JKU-Studierenden. Man habe sich intensiv in die Planungen des Wintersemesters eingebracht. Das Semester wird in einer Hybridform abgehalten. Lehrveranstaltungen werden sowohl präsent als auch digital abgehalten. Dazu wurden auch die Hörsäle der Uni technisch aufgerüstet. „Im Fall der Schließung muss die JKU aber gerüstet sein, wieder lückenlos den Digitalbetrieb aufzunehmen“, so Hofer.

Bundesschulsprecherin: Fokus auf Medienkunde

„Pandemie darf nicht zu einer Infodemie werden“

Die neue Bundesschulsprecherin Alexandra Bosek will im Schuljahr 2020/21 unter anderem einen Schwerpunkt auf das Thema Politische Bildung und Medienkunde legen. Gerade in den vergangenen Monaten habe man die Gefahren von Social Media und Internet gesehen. „Die Pandemie darf nicht zu einer Infodemie für die Schülerschaft werden“, so Bosek gestern bei der Präsentation ihres Programmes.

Bosek wird die Interessen der rund 1,1 Millionen Schüler im laufenden Schuljahr vertreten. Sie stammt wie ihre Vorgänger der vergangenen 15 Jahre aus der Schülerunion, die über eine klare Mehrheit in der aus den Landesschülervertretern bestehenden Bundesschülervertretung (BSV) verfügt. Die Schülerunion fordert schon seit Jahren die Einführung eines eigenen Fachs Politische Bildung und Medienkunde, in dem man auch maturieren können soll.

Einerseits sollen Schüler so in die Lage versetzt werden, sich zu Wahlzeiten eine eigene kritische Meinung zu bilden, so Bosek. Zudem müssten die Jugendlichen wichtige und richtige Informationen aus der täglichen Medien-

flut herausfiltern können. „Gerade auf Social Media kann man seine Meinung von einem Tag auf den anderen zu 100 Prozent ändern.“

Digitalisierung nötig

Ein weiteres wichtiges Vorhaben sieht Bosek in der Digitalisierung der Schule. Mit dem kürzlich präsentierten Achtpunkte-Programm zu diesem Thema habe das Bildungsministerium in Sachen Software und Hardware, etwa der Ausstattung der Schüler der fünften Schulstufe mit Endgeräten ab 2021/22, bereits vorgelegt. „Das muss dann aber auch im Unterricht Eingang finden.“ Dazu müssten die Lehrkräfte schon jetzt digital zu arbeiten lernen, um nicht ins kalte Wasser geworfen zu werden – etwa indem verschiedene Lernapps im Unterricht verwendet werden.

Auch in Sachen Zentralmatura sehen Bosek und Schülerunion-Obmann Anthony Grünsteidl Nachbesserungsbedarf. Die zuletzt für die heurige Matura gefundene Lösung mit der Einbeziehung der Jahresnote in die Maturanote begrüßen beide ausdrücklich.

Foto: Schülerunion/
Radman

